

BERICHTE

Die Geschichtswerkstatt der Volkshochschule der Stadt Pinneberg – Arbeit und Projekte

Im Mai 1945 hatten die Pinneberger andere Sorgen, als ihre Vergangenheit der letzten zwölf Jahre aufzuarbeiten. Es ging um den Kanten Brot, ein Dach über dem Kopf und eine – wenn auch noch so miese und schlecht bezahlte – Beschäftigung. Alles einschlägige Aktenmaterial über die NS-Zeit wurde vor dem Einmarsch der britischen Truppen am 4. Mai 1945 zu 90 Prozent im Standartenpark (heutiger Drosteipark) verbrannt.

Die Geschichtswerkstatt hatte es daher nicht leicht, als sie im Juni 1995 ihre Recherchen über diese Zeitspanne aufnahm. Unter dem organisatorischen Dach der VHS hatten sich neun Personen im Alter zwischen 50 und 75 Jahren zusammengefunden, um sich der Ortsgeschichte forschend und sammelnd anzunähern. Die enge Verbindung zur Presse – der Inhaber des Pinneberger Tageblattes arbeitet in der Gruppe mit – sicherte breite öffentliche Resonanz. Als Resultat ihrer Bemühungen brachte die Geschichtswerkstatt dann im Jahr 1996 das Buch *Pinneberg 1945* heraus (vgl. *Informationen zur Schleswig-Holsteinischen Zeitgeschichte* Heft 30, S. 75ff).

Johannes Seifert von unserem Team war extra nach London gefahren, um im Public Record Office über die britische Besatzungszeit zu recherchieren. Das Ergebnis war eine mehr als 30 Seiten lange Arbeit über die britische Militärregierung in Pinneberg 1945-1951. Während dieser Zeit nahmen britische Gerichte auch die Rechtsprechung in

Pinneberg wahr. Die Public Safety Officers verfügten über Listen der zu entlassenden Personen; dazu gehörten Angehörige der Gestapo, Mitglieder des SD sowie NSDAP-Funktionäre, SA- bzw. SS-Führer von bestimmten Dienstgraden an aufwärts.

Zur Zeit befassen wir uns mit den zwölf Jahren der NS-Herrschaft in Pinneberg. „Wir planen keine neue Abrechnung mit den Großen jener Tage“, zerstreute der ehrenamtliche Leiter der Geschichtswerkstatt der VHS, Wolfgang J. Domeyer, derartige Befürchtungen. Zudem lebten die federführenden NS-Funktionäre zum größten Teil nicht mehr. Auch ihre Familie seien von hier weggezogen.

Klaus May von unserem Team erklärte ergänzend: „Ich bin der Überzeugung, daß es jetzt endlich an der Zeit ist, über die Dinge zu reden, die damals in der Kleinstadt geschehen sind.“

Die Geschichtswerkstatt der VHS Pinneberg und das Stadtmuseum entschlossen sich, vom 6. bis zum 15. November 1998 eine Ausstellung im Stadtmuseum unter dem Motto „Pinneberg zur Zeit des Nationalsozialismus“ durchzuführen. Sie gehörte zu den erfolgreichsten Dokumentationen in unserer Stadt. Die Exponate waren zum Teil während jahrelanger Recherchen zusammengetragen worden. Fokussiert wurden unter anderem einzelne Episoden der NS-Zeit, Siedlungsbau, HJ und BDM, die Bedeutung der Kaserne, Widerstand und Verfolgung, Denunziation. Zu den Ausstellungsstücken gehörten

Fotos, Schriftstücke, Orden und Gebrauchsgegenstände aus dieser Zeit.

Durch die Ausstellung wurde deutlich, wie die Gleichschaltung von Staat und Gesellschaft in kurzer Zeit die Durchdringung fast aller Lebensbereiche ermöglichte: Öffentliches Leben, Jugend, Erziehung und Schule, Winterhilfswerk, Krieg, Widerstand und Verfolgung. Auch zwei alte Filmdokumente sind aufgetaucht: Eins zeigt die Aufmärsche zum 1. Mai 1933, das andere stammt aus dem Jahre 1943 und gibt einen Eindruck vom damaligen Stadtbild.

Wir waren überrascht vom Erfolg der Ausstellung: In kurzer Zeit wurde der Tausendste Besucher gezählt, und wegen der großen Nachfrage mußten wir die Ausstellung verlängern. Viele Besucher trugen sich auf einer fünf Seiten langen Liste ein und äußerten sich begeistert: „Tolle Ausstellung, ich werde

sie nochmal ansehen.“ – „Eine Fundgrube, die man gar nicht mit einmaligem Besuch würdigen und aufnehmen kann – eine wichtige Arbeit. Danke!“ – „Eine sehr interessante und informative Ausstellung. Danke, daß Sie das ermöglicht haben.“ – „Sehr informativ, vielseitig, ansprechend, teilweise schockierend.“

Ursprünglich hatten wir geplant, bis zum Jahr 2000 ein Buch – Arbeitstitel: *Pinneberg von 1933-1945* – herauszugeben. Inzwischen wurden wir jedoch von der Stadt gebeten, zum 125jährigen Stadtjubiläum im Jahr 2000 eine Chronik Pinnebergs zu erstellen. Dies mußte der Leiter der VHS jedoch ablehnen, da ein solches Projekt nicht „nebenbei“ ehrenamtlich und nicht in so kurzer Zeit zu realisieren sei. Er machte daher den Kompromißvorschlag, eine *Illustrierte Stadtgeschichte* von der Geschichtswerkstatt erstellen zu lassen.

Hilde Kadach

Gedenkstätten in Kaltenkirchen, Kreis Segeberg

1. Gräberstätte für Kriegsgefangene und KZ-Opfer im Ortsteil Moorkaten
2. Gräberstätte für Opfer des Nationalsozialismus auf dem allgemeinen Friedhof
3. Gedenkstätte KZ Kaltenkirchen (neu)
Kaltenkirchen, eine Kleinstadt im nördlichen Hamburger Umland, war während des Zweiten Weltkriegs ein Kirchdorf mit knapp 2.000 Einwohnern. Im Zusammenhang mit der Anlage eines Militärflugplatzes ab 1938 wurde das Dorf militärischer Standort: Abteilungen des Reichsarbeitsdienstes, Luftwaffen-Baukompanien, Gemeinschaftslager für deutsche und ausländische Arbeiter, Sanitätsausbildungsabteilung der Luft-

waffe, Kraftfahrausbildungsabteilung der Kriegsmarine, fliegendes und Bodenpersonal der Luftwaffe waren hier stationiert bzw. eingerichtet.

Im September 1941 errichtete die Wehrmacht im Ortsteil Heidkaten ein Lager zur Aufnahme einer großen Anzahl kranker und halbverhungertes sowjetischer Kriegsgefangener. Fast alle starben binnen kurzer Zeit und wurden in einem großen Massengrab in Moorkaten beigesetzt.

Danach schickte die Wehrmacht kranke und nicht mehr arbeitsfähige sowjetische Kriegsgefangene aus Arbeitslagern in Schleswig-Holstein nach Heidkaten, deren größter Teil – wahr-

scheinlich in vierstelliger Zahl – starb und auf dem Gelände des Flugplatzes (jetzt Bundeswehr-Übungsplatz) verscharrt wurde. Die Absicht der „Friedensgruppe Kaltenkirchen“, den letzten auf dem Lagergelände noch vorhandenen Gebäuderest als Denkmal zu sichern, wurde – federführend von Staatssekretär P. K. Würzbach – 1984 vom Bundesverteidigungsministerium zurückgewiesen, das Objekt durch schweres Gerät der Bundeswehr zerstört.

An der Grenze zur Gemeinde Alveslohe errichtete die Wehrmacht ein Straflager für sowjetische Kriegsgefangene und auffällig gewordene Hilfspwillige (Hiwis). Spuren des Lagers sind nicht mehr vorhanden.

Im Spätsommer 1944 entschloß sich die Luftwaffe, die Start- und Landebahnen des Flugplatzes mit Rücksicht auf die düsengetriebenen Jagdmaschinen zu verlängern. Mangels anderer Arbeitskräfte richtete die Wehrmacht/Luftwaffe am Rande des Flugplatzes das KZ-Außenkommando Kaltenkirchen ein. Das Hauptlager Neuengamme stellte die Häftlinge, deren Zahl zwischen 500 und fast 1.000 schwankte, sowie die Lagerführung. Die Wachmannschaft rekrutierte sich aus ca. 85 älteren Luftwaffensoldaten. Von den vielen Toten sind 184 namentlich bekannt. Sie wurden auf der Begräbnisstätte Moorkaten bestattet, die übrigen spurlos verscharrt. Nach der Zerstörung des Flugplatzes durch amerikanische Bomber im April 1945 wurde das Lager nach Wöbbelin evakuiert.

Nach der Wiederaufdeckung dieses völlig vergessenen Teils der Kaltenkirchener Geschichte ab 1975 wurden die vernachlässigten Gräber im Wald von Moorkaten 1977/78 zu einer angemessenen

Gräber- und Gedenkstätte umgestaltet, die seitdem von vielen Menschen besucht wird.

1991 entschloß sich auf Drängen der „Friedensgruppe Kaltenkirchen“ die evangelische Kirchengemeinde, dann auch die Stadt Kaltenkirchen, eine Ansammlung von Gräbern auf dem allgemeinen Friedhof umzugestalten und durch Inschriften aussagekräftiger zu machen. Hier ruhen zwölf sowjetische Kriegsgefangene unbekannter Herkunft, zehn Anfang Mai 1945 erschossene serbische Kriegsgefangene aus Nützen/Kampen, sieben Häftlinge des KZ-Außenkommandos Kaltenkirchen und drei am Ort ermordete Häftlinge des KZ Fuhrsbüttel (Kolafu).

Im Laufe des Jahres 1998 gelang es der „Arbeitsgruppe KZ Kaltenkirchen“, bestehend aus Frauen und Männern aus Kaltenkirchen, umliegenden Ortschaften und Hamburg, die Fundamente einer Baracke freizulegen, die den Häftlingen als Waschraum, Latrine und Leichenablage gedient hatte. Diese Überreste wurden konserviert und mit dem umliegenden Gelände (ca. 1.200 qm) zu einer Gedenkstätte gestaltet. Ermöglicht wurde dieses Werk durch erhebliche Spenden (Ministerium für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Kultur des Landes Schleswig-Holstein DM 13.000, Prof. Dr. Jan Philipp Reemtsma DM 5.000, Deutsche Bank AG DM 5.000, Verein „Gegen Vergessen – Für Demokratie“, Bonn DM 1.500, Firma Grundfos Pumpen GmbH, Wahlstedt DM 1.000, Bürgermeister A. Wilken, Högersdorf, „Deutsches Holocaust-Museum“, Hannover DM 800, Förder-schule Barmstedt DM 80).

18 Schulen aus Kaltenkirchen, Henstedt-Ulzburg, Quickborn, Barmstedt

und Bad Bramstedt haben sich bereit-erklärt, im Wege von Patenschaften die Pflege der Gedenkstätte zu übernehmen. Im Jahr 1999 werden in enger Zusammenarbeit mit den Schulen die Grenzen des Lagers und die Lage der übrigen Baracken dauerhaft markiert

und durch schmale Wege miteinander verbunden. So wird die gesamte Lagerfläche begehbar. Für alle diese Maßnahmen hat die Flughafengesellschaft als Grundeigentümerin dankenswerterweise die Genehmigung erteilt.

Gerhard Hoch

Die Auguste-Viktoria-Schule in der NS-Zeit. Vorgehen und Erfahrungen eines Projektkurses

Im Jahre 2004 soll anlässlich des hundertjährigen Jubiläums der Auguste-Viktoria-Schule (AVS) in Itzehoe eine Festschrift erscheinen. Möglicherweise wird einer der darin enthaltenen Beiträge ein bereits 1999 von SchülerInnen verfaßter Aufsatz sein. Ob sich dieses Fernziel erreichen läßt, liegt in den Händen einiger AVS-SchülerInnen des jetzigen 13. Jahrgangs, die sich zu Beginn ihres letzten Schuljahres im Projektkurs „Die AVS in der NS-Zeit“ zusammengefunden haben.

Der Projektunterricht wurde im Zug einer Oberstufenreform vor zwei Jahren als reguläres Schulfach eingeführt. Das Besondere an seiner Konzeption ist das selbstbestimmte, eigenständige und von der Lehrkraft unabhängige Arbeiten. So wird das Ergebnis bzw. der Erfolg des jeweiligen Projektkurses bestimmt vom Interesse der Schüler am Thema und ihrem daraus erwachsenden persönlichen Einsatz.

Das Angebot, im Rahmen eines solchen Projektkurses die Vergangenheit der eigenen Schule zu erforschen, weckte die Neugier von insgesamt 19 SchülerInnen. Die den Kurs leitende Geschichtslehrerin Gisela Schulz war von einer wichtigen Beobachtung zum Angebot des Themas motiviert – die in

allen Medien und Fächern stattfindende Auseinandersetzung mit der NS-Vergangenheit, so ihr Gedanke, könnte die Schülerschaft thematisch übersättigen. Um einer etwaigen Abstumpfung der SchülerInnen vorzubeugen bzw. entgegenzuwirken, beschloß sie, das Thema im wahrsten Sinne des Wortes in die Schule zu holen. Der unmittelbare Vergleich von Schulalltag damals und heute bringt dem Kurs den Stoff auf einer gänzlich anderen Ebene nah, stellt ihn greifbarer dar, als jedes Schulbuch es vermöchte.

Inhaltlich stand für die Arbeit im Kurs „Die AVS in der NS-Zeit“ nur fest, daß sich die TeilnehmerInnen mit der schulischen Erziehung der Jugend während der NS-Zeit auseinandersetzen würden. Denkbare Vorgehensweisen dafür schienen der Lehrkraft Auswertung originaler Dokumente, Recherche in Schul- und Stadtarchiv, Hinzuziehung von Sekundärliteratur sowie die Befragung ehemaliger Schülerinnen als Zeitzeugen zu sein; bis 1971 war die Schule ein reines Mädchengymnasium.

Um die potentielle Eigendynamik des Projektes nicht zu behindern, galt es, die inhaltliche Richtlinie relativ weit zu halten. Tatsächlich überlegten die SchülerInnen nach einigen Wochen der Ma-

terialsichtung, das Kursthema zu ändern und den gefundenen Dokumenten und Unterlagen entsprechend anders zu formulieren.

Letzten Endes blieb man beim Wortlaut des Themas „Die AVS in der NS-Zeit“. Auch setzte sich der Kurs das eigene Ziel, die Arbeit am Schuljahresende in Form einer Ausstellung zu präsentieren. Je nach Neigung durchforsteten seitdem die SchülerInnen das Schularchiv oder führen Zeitzeugengespräche mit Ehemaligen. Der Großteil des Kurses wälzt die in den Tiefen des Schulkellers lagernden Akten der 30er Jahre. Zwei Schüler haben es sich zur Aufgabe gemacht, Ordnung in das staubige Durcheinander zu bringen; bei Bedarf sollen spätere Jahrgänge ein systematisch einsehbares Archiv vorfinden. Andere Kleinstgruppen profitieren von dieser Katalogisierung der An-, Ab- und Ummeldungen, der Briefwechsel, der Erlässe, Zeugnisse und Reifeprüfungsunterlagen.

Aufgrund der begrenzten Zeit und Möglichkeiten erhebt die gemeinsame Bearbeitung des Themas keinen Anspruch auf Vollständigkeit. Im Bewußtsein, nicht alle Facetten des Schulalltags gleichermaßen beleuchten zu können, beschäftigen sich die SchülerInnen mit unterschiedlichen, sie persönlich interessierenden Aspekten des Themas. Während ein Team Material über den Sportunterricht – die Leibeserziehung – und die über das Schuljahr verteilten Sportveranstaltungen sammelt, kümmert sich eine weitere Gruppe um damalige Festivitäten und Feierlichkeiten. Außerdem widmet man sich dem detaillierten Wochen- und Tagesablauf und wirft einen kritischen Blick auf die Lehrpläne.

Einige Schüler befassen sich mit dem

Komplex Reifeprüfungen und den handschriftlichen Lebensläufen als Teil der Bewerbung zum Abitur, die – weil noch in deutscher Handschrift abgefaßt – für jugendliche LeserInnen gewöhnungsbedürftig sind. Des weiteren recherchiert eine Abordnung des Kurses im Stadtarchiv; allerdings sind letztere Ergebnisse ob eines derzeit dort durchgeführten Umbaus bisher kaum ausgereift.

Die Zeitzeugenbefragung liegt in den Händen von fünf Schülerinnen. Per Zeitungsaufruf suchte man nach ehemaligen Schülerinnen der AVS, appellierte jedoch auch an Schüler, die damals die Kaiser-Karl-Schule (Gymnasium für Jungen) besuchten. Natürlich fanden sich auch in den Reihen der eigenen Großeltern und in deren Bekanntenkreis hilfsbereite Gesprächspartner. Im Rahmen ihrer bisherigen Arbeit machten die Mitglieder der „Zeitzeugengruppe“ die Erfahrung, daß die Angesprochenen dem Projekt zum Teil auch skeptisch gegenüberstehen, werden doch offenbar Schuldzuweisungen und Anklagen der kollektiven Mitschuld befürchtet. Um diese Ängste aus dem Weg zu räumen, erhält jede gesprächsbereite Person zur Vorbereitung auf das Interview einen von der Gruppe entworfenen Fragenkatalog. Dieser bietet zusätzlich die Möglichkeit, wenigstens einige Gemeinsamkeiten und Unterschiede der individuellen Erinnerungen konkret abzufragen und miteinander zu vergleichen.

Die zugrundegelegten Fragen beziehen sich hauptsächlich auf den schulischen Bereich; außerdem interessiert die Verfasserinnen des Katalogs, inwiefern das familiäre Umfeld und die Freundeskreise dem nationalsozialistischen Einfluß unterlagen. Oft erleichtert

die Beantwortung des Fragenkatalogs den Einstieg ins eigentliche Gespräch mit den Zeitzeugen. Einmal aus der Reserve gelockt, entwickeln sich höchst spannende Interviews, von denen keines den anderen ähnelt. Nahezu alle werden aufgezeichnet.

Die Gespräche finden zu ungefähr gleichen Teilen im Schulgebäude oder am privaten (bisher stets mit Saft und Keksen gedeckten) Wohnzimmertisch des jeweiligen Zeitzeugen statt. Es ist erstaunlich, wie unterschiedlich die Befragten ihre Schul- und Jugendzeit schildern. Die Entwicklung einer kritischen Distanz hat sich offensichtlich nur teilweise vollzogen. Zum jetzigen Zeitpunkt, an dem nur eine Zwischenbilanz möglich ist, steht lediglich fest, daß die Hitlerjugend bzw. der BDM allen bislang Befragten Spaß gebracht hat – wenn auch aus verschiedenen Gründen. Und noch etwas ist wichtig: Noch nie ist den Schülerinnen so deutlich geworden, daß niemand aus der Nachkriegsgeneration selbstsicher behaupten sollte, er oder sie hätte „nicht mitgemacht“. An den Beispielen der Zeitzeugen und ihren Erzählungen läßt sich die naive Rolle eines winzigen Zahnrads in der großen Maschine *NS-Staat* leicht nachvollziehen.

Einige Zeitzeugen überlassen dem Kurs leihweise persönliche Erinnerungsstücke, Fotos, Urkunden und viele andere brauchbare Materialien. So entstand als Nebenprodukt der Zeitzeugenbefragung die Untersuchung von Schulbüchern aus der NS-Zeit. Vor allem Lesebücher des Deutschunterrichts sind durchzogen von nationalsozialistischem Gedankengut. Zur effektiven Teamarbeit gehört natürlich auch ein regelmäßig stattfindender Austausch von Ergebnissen der einzelnen Gruppen und Untergruppen des Projektkurses. Oftmals ergänzen sich Spuren, finden sich Übereinstimmungen zwischen recherchiertem Archivmaterial und Erzähltem. Allerdings tritt auch Widersprüchliches zutage. Sicher ist, daß man alle Auswertungen sehr sorgfältig vornehmen muß; gerade die Auseinandersetzung mit der NS-Zeit ist immer noch ein heikles Thema.

Bis zur geplanten Ausstellung im Mai oder Juni diesen Jahres gilt es, noch eine Menge Arbeit zu bewältigen, zumal im Frühjahr für die Schüler des Kurses die Abiturprüfungen ins Haus stehen. Ob für das zu Beginn angesprochene Fernziel „Festschrift 2004“ ein Beitrag abfällt, wird sich zeigen.

Judith Dohnke

Werkstatt-Notizen

Was geschieht mit dem Stück Kupferrohr, daß die KlempnerIn abgesägt hat und in die Restkiste entsorgt? Es darf darauf hoffen, wieder eingeschmolzen zu werden, um gegebenenfalls erneut als Kupferrohr anderen HandwerkerInnen zu begegnen. Was geschieht mit all den herausgenommenen Kapiteln aus

Dissertationen, den Hunderten von Quellen die „dann doch nicht ausgewertet“ werden oder mit den zwar sehr interessanten, aber gar nicht zur Argumentationsführung des Projektes passenden Arbeitsschritten? Sie verschwinden in der Versenkung, mit etwas Glück wird noch eine Fußnote daraus.

Dem wunderbaren Thema der Fußnote hat die Zeitschrift *WerkstattGeschichte* bereits eine Rubrik gewidmet.

Zufällig erschlossenen Quellen, Quellen mit besonderem Wert für andere oder für eine ganze Forschungsdiskussion sowie die Erfahrungen der Quellenerschließung bleiben anderen zu oft vorenthalten. Zudem sind HistorikerInnen Eichhörnchen, denen das Teilen und Verteilen nicht immer leicht fällt. Sie sammeln Quellen, die man ja irgendwie, irgendwann noch einmal verwenden und publizieren könnte. Nicht allzu gern gibt man etwas aus der Hand, damit andere einen Nutzen davon haben. Was wundert es, ist doch der Qualifizierungsdruck enorm.

Die meisten Forschenden graben sich in Archiven und Bibliotheken durch teilweise beachtliche Quellenbestände, die in der Regel auf zwei Haufen geschichtet werden: den kleinen mit dem Titel „Quellen für mein Projekt“ und den großen „alles, was ich nicht gebrauchen kann“. Aber letzterer Haufen kann für andere im Lande sehr wohl von Bedeutung sein und ein Austausch über

Quellenbestände wäre wünschenswert.

In der festen Überzeugung, daß „Geschichtsforschung“ der gesamte Prozeß des Recherchierens und nicht nur das fertige Produkt ist, also genauso die Stofflichkeit einer Quelle¹ beinhaltet wie das gute oder schlechte Essen in einer Archivkantine – von der Beratung in Archiven mal ganz zu schweigen – soll auch den „Nebenprodukten“, verstreuten Gedanken, entlegenen Fundstellen, Erfahrungen im Forschungsprozeß und dem großen Stapel „alles, was einzelne nicht gebrauchen können“ eine stärkere Beachtung geschenkt werden. Eine kritische und kreative Geschichtswissenschaft kann von einem Austausch nur profitieren, sowohl von dem zwischen FachkollegInnen als auch zwischen den Disziplinen.

Die folgenden Gedanken und Beispiele sollen anregen, künftig in der Rubrik „Berichte“ der *Informationen* solche Funde vorzustellen, wie es an einer eigenen „Fundsache“ aus dem Archiv der sozialen Demokratie in der Friedrich-Ebert-Stiftung (AdsD/FES in Bonn) demonstriert werden soll.

Gedanken und Quellen zur NS-Forschung in der Region:

„NS-Geschichte ist nicht allein die Geschichte der NS-Organisationen“

In den vergangenen Heften der *Informationen* waren – aus gutem Grund – schwerpunktmäßig Aufsätze abgedruckt, die sich einzelnen Aspekten der NS-Organisation widmeten, und weiterhin Beiträge, die sich mit der Verfolgung und der Opferseite befaßten.

KeineR der AutorInnen hat explizit auf eine Täter/Opfer-Dichotomie bestanden, und dies soll weder den AutorInnen noch den *Informationen* unterstellt werden. Auch fordert der AKENS nicht dazu auf, andere Artikel zu schrei-

ben, wenn doch dies die aktuellen Forschungsbereiche sind. Dennoch – und das ist keine spezifische Bedingung des AKENS – muß festgestellt werden, daß die Erforschung und Darstellung weiter Gesellschaftsbereiche im Nationalsozialismus nicht erfolgt ist. Dies gilt leider im besonderen Maße für einige Widerstandsforschung, hier begegnet uns häufiger stark entkontextualisierte Darstellungsweise. Zweifelsohne ist dies dem Umstand geschuldet, daß es zunächst einmal darum ging (oder auch

weiterhin geht), einzelne Detailfakten herauszuarbeiten und zu dokumentieren. Das dieser Haltung zu Grunde liegende „Antifaschismus-Paradigma“ hat

möglicherweise mehr verschüttet als geklärt², sein anhaltender wissenschaftlicher Ertrag bleibt auf Dokumentation und Erinnerung beschränkt.

Eine Quelle – ein Beispiel

An einem konkreten Quellenbestand aus dem Archiv der sozialen Demokratie soll dieser Gedanke erläutert werden: Die Umfrage zur Wiedergründung von Gewerkschaften in Norddeutschland nach 1945 aus dem Jahr 1949.³

Das der Nutzung der nachfolgend beschriebenen Quelle zu Grunde liegende Interesse war die Suche nach dem Wirken eines vormaligen KPD-Angehörigen aus der dänischen Emigration nach der Niederlage des NS in Kiel. In dieser Quelle fand sich leider kein Hinweis auf die Person, lediglich in den Protokollen des „Vorbereitenden Ausschusses“ im Stadtarchiv Kiel fanden sich zwei sehr gewichtige Hinweise.

Die archivalische Überlieferung des

DGB liegt heute im AdsD in Bonn, und auch das IG-Metall-Archiv (ehem. Frankfurt a.M.) dürfte mittlerweile den Weg dorthin gefunden haben. Ältere Publikationen erwähnen immer noch das DGB-Archiv Düsseldorf, das ist aber schon länger nicht mehr aktuell. Für den Schleswig-Holstein betreffenden Teil ist das Findbuch „DGB-Nordmark“ (einschließlich Hamburg und dem Unterlauf der Elbe) ausschlaggebend. Der vorhandene Quellenbestand ist recht gut verzeichnet, Verzeichnung und Akteninhalt stimmen zudem auch überein, was nicht immer selbstverständlich ist. Alles zusammen sind dies nicht unwesentliche Kriterien für eine wissenschaftliche Nutzung.

Wie historisch denkt eine Gewerkschaft?

Mit dem Rundschreiben Nr. 116/49 vom 27. Juni 1949 wurde allen Gewerkschaftsgliederungen ein Fragebogen zugestellt, der im Laufe der nächsten Wochen an den Bundesvorstand des DGB in Düsseldorf zurückgeschickt wurde. Auf die Schnelle war der zitierte Rundbrief mit der dort möglicherweise festgehaltenen Intention der Fragebogenaktion leider nicht zu finden. War es ein Interesse an der Organisationsstruktur des DGB, oder erkannte man 1949 die historische Bedeutung eines eher tagesaktuellen Vorganges wie den der Gewerkschaftsneugründung?

In den Akten Nr. 52 und 76 (vielleicht auch noch in weiteren Akten des Bestandes DGB-Nordmark) sind 19 aus-

gefüllt Fragebögen folgender Schleswig-Holsteiner Gliederungen auf Orts- und Kreisebene abgeheftet. Sie betreffen: Ortsauschuß Kiel und Lübeck, Kreisauschuß Neumünster, Schleswig, Rendsburg, Oldenburg i.H., Plön, Pinneberg, Norderdithmarschen, Nebenstelle des Kreis Ausschusses Schleswig in Friedrichsstadt/Eider, Nebenstelle Kappeln/Schlei, Barmstedt/Krs. Pinneberg, Nebenstelle Elmshorn, Burg a.F., Neustadt i.H., Schönwalde, Krs. Oldenburg i.H., Heiligenhafen, Lunden.

In der Regel werden die Fragen nur knapp beantwortet. In einem Fall kritisiert der Kreis Ausschuß auch die Knappheit der Angaben einer Nebenstelle, und nur Kiel fügt eine eigene Abhandlung

bei. Aber: Neben dem organisationsgeschichtlichen Quellenwert, der sich aus der Beantwortung der Fragen ableitet, soll insbesondere eine Frage in den Mittelpunkt dieser Betrachtung gerückt werden. Abgesehen von den Angaben zu Ort, derzeitiger Bezeichnung der Organisationsgliederung und Umfang des lokalen Zuständigkeitsbereichs lautet sie: „10. Welche Funktionäre haben sich

führend am Aufbau betätigt?“⁴

Hierzu werden von den Ausfüllenden zwischen fünf und 20 Personen genannt. Insgesamt werden – teils mit Arbeitsstelle und Angabe zum Geschlecht, teils nur als Nachname, aber auch mit kompletten Geburts- und Meldeangaben – 183 Personen namentlich erwähnt. Und das prädestiniert die Quelle zur weiteren Untersuchung.

Die Sicht auf 183 Einzelfälle

Die Fragen nach der Geschichte der Arbeiterschaft im NS beginnt sich nur sehr langsam vom Widerstands- und Antifaschismus-Paradigma zu lösen. Welche Arbeitspolitik haben die Funktionäre des ADGB im Faschismus betrieben, welche Rolle konnte die DAF einnehmen, und in wieweit gibt es hier einen Übergang zur gewerkschaftlichen Interessenvertretung der Nachkriegszeit? Gerade das scheinen mir doch die relevante Fragen zu sein.

Jüngst in die Diskussion gebrachte Begriffe zum Verhalten von Arbeiterschaft im Nationalsozialismus und in anderen totalitären Systemen wie „Indifferenz“ (Sebastian Sims/Berlin) und der bekanntere Ansatz des „Eigen-Sinns“ (Alf Lüdtker/Göttingen) scheinen es wert, diskutiert und am lokalen Beispiel überprüft zu werden. Beide haben letztlich die Selbstdeutung der Subjekte im Fokus und nicht mehr die Interpretation in der „Draufsicht“. Als Beispiel mag hier wohl das Mißverständnis erwähnt werden, daß Streiks im Nationalsozialismus einen systemoppositionellen Charakter gehabt hätten, was nur im Einzelfall zutreffend gewesen sein mag. Der organisierte Faschismus begriff dies sehr wohl und handelte hier doch recht differenziert: Indem sehr wohl

auseinandergelassen werden konnte, was ein Arbeitskonflikt sei, den es auch im NS geben konnte – auch wenn es ihn nicht geben sollte – oder wo das ideologische Konstrukt des NS angegriffen wurde.

Also: Zunächst könnte die Frage, wie die Gewerkschaftsneugründung nach 1945 in Schleswig-Holstein ablief, anders beantwortet werden als nur in einer organisationsgeschichtlichen „Draufsicht“, wie dies Friedrich Stamp mit seiner 1997 veröffentlichten Dissertation *Arbeiter in Bewegung* leistet. Die Fragen, wer aber beteiligt war und welche sozialen- und politischen Biographien in der Weimarer Zeit und im NS dem zugrunde liegen, könnte dann aus den verschiedenen Perspektiven, so auch der Selbstdeutung der Subjekte, betrachtet werden.

Aus den Entschädigungsakten, zu denen bereits eine Reihe von Erfahrungen vorliegen, aus den Entnazifizierungsakten – auch hier haben einzelne Personen schon einen Überblick gesammelt – und (mit politisch geringerer Bedeutung) den Lastenausgleichsverfahren im Bundesarchiv-Bayreuth (hier liegt Neuland!) ließe sich möglicherweise eine Kollektivbiographie erstellen, die außerordentlich befruchtend für die wissen-

schaftliche Diskussion sein könnte.

Kollektivbiographien bedürfen in der Regel einer größeren wissenschaftstechnischen Organisation, aber 183 GewerkschaftsneugründerInnen oder auch das verschüttete Projekt von Detlef Korte zu den 78 Kreisleitern können – legt man nicht in der Fragestellung das Ergebnis bereits fest – keineswegs zu

den wissenschaftlich unlösbaren Projekten zählen. Und auch wenn von 183 Personen nur ein Teil der Biographien zu klären wäre: die Methode wäre erprobt und könnte in Dissertations- oder anderen Forschungsprojekten auf eine größere Grundgesamtheit angewendet werden.

Thomas Pusch

1. Vgl. Axel Dossmann, Einladung zur Fußnote, in: WerkstattGeschichte, Nr. 14, S. 106f.; WerkstattGeschichte, Nr. 5, Themenheft: Archive, darin: Arlette Farge, Vom Geschmack des Archivs, S. 13 -17.

2. Vgl. Stephan Braese, Fünfzig Jahre "danach". Zum Antifaschismus-Paradigma in der deutschen Exilforschung, in: Rückblick und Perspektiven. München 1996, S. 133 - 149 (= Exilforschung. Ein internationales Jahrbuch, Band 14).

3. Vgl. Friedrich Stamp, Arbeiter in Bewegung. Die Geschichte der Metallgewerkschaften in Schleswig-Holstein, Malente 1997. Stamp berührt diesen Quellenbestand im AdSD zwar, zieht für seine Beschreibung der Gewerkschaftsentwicklung auch einige Informationen aus dieser Quelle, ist aber weit davon entfernt, den eigentlichen Wert der Quelle – zumindest in diesem Buch – zu erkennen.

Ihm – wie auch eingeschränkt Detlev Siegfried – muß eine gewisse Betriebsblindheit hinsichtlich der Neugründungsbemühungen von Organisationen in Elmshorn, Lübeck und insbesondere Kiel bescheinigt werden. Gremien wie der Kieler „Vorbereitende Ausschuß“ und die stadtweite „Betriebsrätevollversammlung“ als höchste politische Organe auf deutscher Seite in den ersten Nachkriegsmonaten stellen ausgesprochen syndikalistische Organisationsformen dar. Das scheint keiner erkannt zu haben.

4. Die Fragen lauteten:

„1. Wann fanden die ersten Zusammenkünfte von Funktionäre statt?“

2. Wann fanden die ersten genehmigten Versammlungen des Ortskartells statt?“

3. Wann wurde das Ortskartell offiziell, also mit Zustimmung der Militärregierung gegründet?“

4. Wurde ein Ortskartell, eine Einheitsgewerkschaft oder eine Allg. Gewerkschaft gegründet?“

5. Welche Ortsverwaltungen der Gewerkschaften oder Betriebsgewerkschaften gehörten dem Kartell bei Gründung an?“

6. Wann konnten die örtlichen Gewerkschaften ihre ersten Versammlungen abhalten?“

7. Wann wurde ein Gewerkschaftsbüro eröffnet? Wer stellte Räume zur Verfügung? Wie wurden Büroeinrichtungen und Büromaterialien beschafft?“

8. Wie erfolgte die Kassierung?“

9. Sind in der Zwischenzeit eigene Büroräume bezogen?“

[...]

11. Wann wurden Sekretäre eingestellt?“

12. Wann hat das Orts-Kreiskartell die Verbindung mit zuständigen Bezirken aufgenommen?“

13. Wie war die Zusammenarbeit mit a) Militärregierung, b) Örtlichen Behörden?“

und unter Ziffer 14. war Platz gelassen für „Besondere Ereignisse“ (Verbote, Inhaftierungen, Ablehnungen von Funktionären).